

Thomas Meyer

## Moral, Grundrechte und Märkte

Die Vorherrschaft des Wirtschaftsliberalismus seit dem 19. Jahrhundert und nun – als gesteigerte Variante – die des als »Neoliberalismus« etikettierten Marktfundamentalismus hat unter anderem dazu geführt, dass sich in den von ihnen geprägten Gesellschaften allmählich die Vorstellung festgesetzt hat, die Sphäre der Märkte mitsamt ihrer kennzeichnenden Profitlogik sei eine Art gesellschaftlich exterritoriales Gelände: ein Bereich, in dem den moralischen Gesetzen der Gesellschaft bestenfalls eine Rolle am Rande, vielleicht nach getaner Arbeit, aber keine konstitutive Bedeutung zukommen könne. Die neoklassische Wirtschaftswissenschaft tritt folglich auf, als offenbare sie die Naturgesetze des Wirtschaftens genau so wie die Physik diejenigen der eigentlichen Natur offenlegt – mit dem Gestus: Sorry, da ist leider nichts zu machen. Unternehmer, Verbandsfunktionäre sowie die meisten Wirtschaftsjournalisten teilen dieses sonderbare Weltbild wie eine bare Selbstverständlichkeit. Es ist, als gingen sie alle, sobald sie die Kampfarena der Märkte betreten, stolz durch ein Tor mit der Aufschrift »Hier endet die Welt der gesellschaftlichen Normen von Moral und Sittlichkeit«. Auch in der Politik hat diese Sicht viele Freunde: ein libertäres Weltbild, demzufolge im Wirtschaftsleben nur der in Geld messbare Erfolg zählt. Ein Teil der sozialen Welt im Naturzustand.

Diesem Weltbild entspricht paradoxerweise zugleich auch ein Verständnis des Marktes als der Verfassung der Freiheit, die für das wirtschaftliche Handeln die gleiche Unbedingtheit einer Autonomiegarantie beansprucht wie die rechtsstaatliche Demokratie für das Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger im Staat. Dieser Freiheitsbegriff entpuppt sich freilich rasch als gleichbedeutend mit Zügellosigkeit. Für die Normen der Sittlichkeit und Solidarität lässt er nämlich wenig Raum. Er allein garantiert, dass die segensreiche Logik der Märkte funktionieren kann, und alle am Ende auf ihre Kosten kommen, in puncto Freiheit ebenso wie beim Wohlstand. Private Laster (der reine Egoismus), so der Philosoph Bernard Mandeville im 18. Jahrhundert, werden durch die unsichtbare Hand des Marktes, wenn man sie nur walten lässt, von selbst zu öffentlichen Tugenden (Wohlstand für alle). Erst in allerjüngster Zeit hat sich diese bürgerliche Utopie radikal durchgesetzt. Ihren Höhepunkt erlebte sie in den Nullerjahren – und die Weltfinanzmarktkrise, die sie eigentlich doch in unüberbietbarer Eindeutigkeit ökonomisch widerlegt hat, konnte ihr, erstaunlich genug, nur wenig anhaben: das sonderbare geistige Überleben des Neoliberalismus nach seinem faktischen Tod (Colin Crouch).

Diese Ideologie beruht freilich, wie sich in den vergangenen 150 Jahren auf Kosten des gesellschaftlichen Wohlergehens mehr als einmal gezeigt hat, auf zwei fundamentalen Missverständnissen: einem historischen und einem systematischen. Das historische

### *Zwei gefährliche Missverständnisse*

Missverständnis ist das Verkennen der Tatsache, dass wirtschaftliches Handeln und die Verfassung der Märkte zu allen Zeiten unentrinnbar und dicht in das soziale Gewebe der jeweiligen Gesellschaft eingebettet waren und sich in jeder Hinsicht aus deren anerkannten Regelungen ergaben.

Das systematische Missverständnis zeigt sich darin, dass in der Wirklichkeit stets im gleichen Maße, wie Märkte uneingeschränkt das Zepter übernehmen, die Freiheit sehr vieler (oft der meisten) zur Illusion wird, die Ungleichheit ins Uferlose schießt, Demokratie und sozialer Zusammenhalt bedroht werden und Krisenzyklen Gesellschaft und Politik im Würgegriff halten. Die Standardausrede der Marktfundamentalisten, die Krisen bestätigten doch eigentlich nur ihre eigenen Warnungen, da ihnen stets störende

politische Einmischungen in die Souveränität der Märkte vorausgegangen seien, glaubt zwar nach der Weltfinanzkrise von 2008, bei der die Regierungen mit Steuergeldern die Banken retteten, fast niemand mehr. Aber sie lebt fort, solange sie mächtige Freunde in einflussreichen Verbänden, Massenmedien und der politischen Klasse hat.

Was daher heute fällig ist, möglichst bevor die nächste große Krise uns einholt, ist eine deutliche Erinnerung an zwei unbestreitbare, aber vergessene Wahrheiten. Jens Beckert hat dafür jüngst Pionierarbeit geleistet: Zum einen ist das Kerndogma des Marktfundamentalismus, wonach Menschen stets ausschließlich nutzenmaximierend handeln, empirisch gründlich widerlegt, da vielfältige andere Motive, darunter ethische, stets mit im Spiel sind. Zum anderen: Märkte und die Menschen, die in ihnen handeln, sind unvermeidlich und auf allen Ebenen von sozialen Normen und Gewohnheiten durchdrungen. Auch die heutige Feier des Egoismus ist nur eine anfechtbare kulturelle Norm. Bei der Konstituierung von Märkten (Was darf nach welchen Regeln überhaupt gehandelt werden, was nicht?), in ihren Abläufen (Wie entscheiden die Mächtigen?) und in ihren Ergebnissen (Wie legitim ist die Verteilung, was fehlt der Gesellschaft?) sind ethische Normen wirksam. Unvermeidlich wird stets eine *marktermöglichende*, eine *marktbegleitende* und eine *marktbegrenzende Sittlichkeit* wirksam. Allerdings wird diese faktisch zur Unsittlichkeit, wenn der Egoismus zum Naturgesetz erklärt wird. Das erweist schon sehr klar die große historische und kulturelle Varianz der für die Märkte und ihren Platz in der Gesellschaft geltenden Normen, eine Vielfalt, die selbst in den heutigen Gesellschaften nicht gänzlich neoliberal verödet ist. Ohne starke und verlässliche sittliche Orientierungen im Umgang mit Absprachen, eigenen und fremden Versprechungen, geschlossenen Verträgen, dem Respekt für Menschen und Gesetze, ein Verständnis, was zur Ware werden darf und was nicht, sowie vor allem ohne wechselseitiges Vertrauen funktioniert kein Markt über den ersten Tag hinaus und ohne ein Mindestmaß der Anerkennung seiner Abläufe und Leistungen durch die Gesellschaft hat er keinen Bestand. Wo diese sittlichen Voraussetzungen fehlen, schlägt Erwerbshandeln unvermeidlich in einen Raubzug um. Es zeigt sich, dass selbst der Egoismus privater Nutzenmaximierung nur solange funktioniert, wie er in ebenjene Welt des Vertrauens und der Gegenseitigkeit eingebettet ist, die er verhöhnt.

In Wahrheit ist folglich die Maxime der asozialen Nutzenmaximierung als vermeintlich allgemeiner Ausnahmeregelung für das menschliche Verhalten auf Märkten weder eine anthropologische noch eine wirtschaftswissenschaftliche Naturkonstante, sondern nichts anderes als eine kulturelle Konvention. Unsere Gesellschaften haben sich erst kürzlich unter dem Druck grenzüberschreitender Märkte und ihrer neoliberalen Begleitmusiker darauf eingelassen. Indessen: Wettbewerb und Märkte sind auch nach ganz anderen sozialen Regeln möglich und erfolgreich. Märkte sind ja Mittel (spezielle Techniken) für eng begrenzte soziale Zwecke, die in unserer Welt stets der Rechtfertigung durch demokratische Verfahren und universelle Grundrechte bedürfen. Grundrechte sind, wie Otfried Höffe formuliert hat, die »mittleren Prinzipien der Gerechtigkeit«, moralisch begründet, aber für die Beurteilung tatsächlichen menschlichen Handelns konkretisiert und von verbindlicher Geltung. Sie sind der Teil der gemeinsamen Moral, der für alle verpflichtend und sanktionsbewährt gilt – und zwar ganz besonders auch für das Wirtschaftsleben, in der Arena der Märkte. Und gerade hier sind sie besonders dringlich, weil Wirtschaftsmacht für sie nicht weniger bedrohlich werden kann als ungezügelter Staatsgewalt, aber weniger im Rampenlicht steht und Menschen in besonderer Abhängigkeit trifft.

Gewiss, die Regeln der Märkte können, wenn sie den Zweck der bestmöglichen Versorgung aller mit Gütern und Dienstleistungen und der Schaffung guter Einkommen erfüllen sollen, für die Gesellschaften sie ja einrichten, nicht die gleichen sein wie die der staatlichen Willensbildung oder der zivilgesellschaftlichen Kooperation: Der Wettbewerb braucht einen Freiraum, aber der ist umgrenzt, in seinen Regeln und Zielen sozial definiert und entbindet eben nicht von der Geltung der Grundrechte für alle Marktteilnehmer in allen Positionen und Situationen. Das muss die Produktivität keineswegs schmälern, jedenfalls nicht die, die allein sozial erwünscht sein kann. Wie die Errichtung umfassender Sozialstaaten in Europa seit den ersten großen Krisen des Kapitalismus beispielhaft erwiesen hat, schützen sie nämlich nicht nur das Leben, die Würde und das Wohlergehen der Schwächeren, sondern auch die Märkte selbst vor der sicheren Selbstzerstörung, wenn sie allein ihren eigenen Abläufen überlassen blieben.

Märkte sind jederzeit von moral- und rechtgeleiteten gesellschaftlichen Vorleistungen, Sicherungen, Ergänzungen und Begrenzungen abhängig – also von Voraussetzungen, die sie selbst zwar nicht gewährleisten, aber durchaus zerstören können, wenn sie aus der Rolle des Dieners der Gesellschaft in die des Herrn wechseln. Es hat sich historisch erwiesen, dass selbstregulierende Märkte nicht nur systematisch zentrale Grundrechte verletzen, sondern auch in ihrer rein wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit hochgradig problembehaftet sind und selbstdestruktive Dynamiken entfalten. Das ist in den Systembedingungen ihrer eigenen Funktionslogik begründet. Da hatte Marx recht. Marktversagen mit zerstörerischen Folgen für soziale Interessen und Werte ist stets die unmittelbare Folge der Dominanz einer reinen Marktlogik. Märkte tendieren zur Selbstabschaffung durch voranschreitende Konzentration, zur Blindheit für die Zukunft, zu Demokratie und soziale Solidarität gefährdender ungezügelter Ungleichheit, zu Arbeitslosigkeit und Armut vieler und zur schweren Schädigung fundamentaler Grundgüter, wie menschliche Arbeitskraft und Natur (die eben keine »Waren« sind).

Darum haben die sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte der UN-Pakte von 1966 genau beschrieben, wie eine Wirtschafts- und Sozialordnung beschaffen sein muss, die der Würde des (d.h. aller) Menschen gerecht wird. Da nach 200 Jahren Erfahrung mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise deren häufigste und schwersten

*Eine soziale Magna Charta* Risiken zu diesem Zeitpunkt wohlbekannt waren, ist die Liste dieser Grundrechte lang und sehr konkret. Zu ihren Eckwerten gehören: Das Recht auf Arbeit, gerechte und günstige Arbeitsbedingungen, Gewerkschaften, Mitbestimmung, Geschlechtergleichstellung, Lohngerechtigkeit, bezahlter Urlaub, angemessener Lebensunterhalt, soziale Sicherheit, kostenlose Bildung (inkl. Studium), medizinische Versorgung, Teilnahme am kulturellen Leben. Auf einen kurzen Nenner gebracht: Die universellen Grundrechte verlangen eine mitbestimmte, in einen weitreichenden sozialen und politischen Rahmen eingebettete Wirtschaftsordnung mit starken Gewerkschaften, einem umfassenden Sozialstaat sowie einem kostenfreien Bildungssystem der gleichen Chancen.

Die *marktermöglichende*, *marktbegleitende* und *marktbegrenzende* Sittlichkeit, hervorgegangen aus der Erfahrung mit den Verheerungen, die »freie Märkte« und »freies« Eigentum an Produktionsmitteln anrichten können, ist also nicht bloß ein frommer Wunsch der Ohnmächtigen – sie ist (eigentlich) geltendes Recht. Es zeigt sich, dass zu den Voraussetzungen der Marktwirtschaft, die sie selbst nicht garantieren, aber zerstören kann, nicht nur die wirksame Begrenzung ihrer kulturellen Einflussphäre und ihrer destruktiven externen Auswirkungen auf Natur, Mensch und Gesellschaft zählen, sondern vor allem auch die Bereitstellung einer weitgespannten Palette öffentlicher

Güter, die allen zugänglich sind und die der Regeneration der sozial-moralischen Infrastruktur der Gesellschaft dienen. Genau das also, was Märkte aufgrund ihrer essenziellen Funktionslogik niemals leisten können. Die sozialen und kulturellen Grundrechte sind auf die Sicherung ebendieser Voraussetzung gerichtet. Zu ihnen gehört die Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen an einer humanen Werten verpflichteten Bildung und die Partizipation aller am sozialen und kulturellen Leben, unabhängig von ihrem Erfolg oder Misserfolg als Marktteilnehmer. Das Voranschreiten der Kolonisierung von Kultur und Gesellschaft durch die Logik der Märkte und ihrer angeblichen egoistischen Triebkräfte (Jürgen Habermas) zerstört hingegen zuerst die Bedingungen humanen Zusammenlebens und dann die Märkte selbst.

Die Quelle und den Inhalt der Moral in der modernen Welt hat Immanuel Kant freigelegt. Es ist der selbstbestimmte vernünftige Wille, der nach Normen handelt, die stets die Wahrung der gleichen Würde aller Menschen gewährleisten. Ihr unmittelbarer Ausdruck sind die Grundrechte: die bürgerlichen, politischen und kulturellen für das Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger im Staat – und, oft vergessen, verdrängt oder verleugnet: die sozialen und wirtschaftlichen für alle Menschen vor, in und nach dem Erwerbsleben. Ein Glück, dass der Homo oeconomicus nur eine Schimäre ist, denn er widerspräche allem, was die Grundrechte gebieten. Sie verweisen stattdessen auf eine praktische Vernunft, eine Moral, die neben und über der Optimierung der Erwerbchancen, die legitim und nötig ist, die Achtung vor der gleichen Würde und den Rechten aller anderen verlangt. Das Grundgesetz der Bundesrepublik hat diesen Punkt genau getroffen: Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Es wäre gut, wenn sich die Manager und ihre akademischen Lehrer, die Hohepriester der Finanzmärkte, die Wirtschaftsjournalisten und viele Politiker auf diese Art von Vernunft wieder besännen, bevor der Unmut über die Folgen des falschen Verständnisses von Rationalität als private Gewinnmaximierung die Gesellschaft vollends auseinandertreibt.



#### **Thomas Meyer**

ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der NG/FH. In der edition suhrkamp erschien 2015: *Die Unbelangbaren: Wie politische Journalisten mitregieren.*

[thomas.meyer@fes.de](mailto:thomas.meyer@fes.de)

*Susanne Karstedt*

## **Die Kriminalität des Alltags**

### **Gier als gesamtgesellschaftliches Phänomen?**

Für die große Mehrheit der Bevölkerung ist die Wirtschaft ein Ort ohne Moral. In gewisser Weise stimmt somit ein Großteil in diesem Urteil mit den Experten der »tostlosen Wissenschaft« (*dismal science*), wie der schottische Essayist Thomas Carlyle die politische Ökonomie bezeichnete, überein. Wo rationales Kalkül in der Abschätzung von Risiken, Gewinn und Verlust vorherrscht, scheinen moralische Erwägungen nicht nur fehl am Platz, sondern auch überflüssig zu sein.